

PFAS-Verbot

Geplantes PFAS-Verbot lässt alle Alarmglocken läuten

Das von der EU geplante umfassende PFAS-Verbot würde die industrielle Produktion teilweise auf den Entwicklungsstand von 1950 zurückwerfen. Die Qualität der Grundversorgung der Menschen wäre an vielen Stellen gefährdet. Der Maschinenbau fordert daher einen anderen, strikt risikobasierten Ansatz der Regulierung.

Press Release

21.06.2023

Fluorpolymere kommen in vielen Dichtungen, Ventilen, Schläuchen oder Kompressoren zum Einsatz.

© shutterstock

Das von der EU-Kommission geplante Verbot von mehr als 10.000 chemischen Stoffen der PFAS-Gruppe lässt im mittelständisch geprägten Maschinen- und Anlagenbau alle Alarmglocken läuten. Da Fluorpolymere (Teilgruppe der PFAS: Per- und Polyfluoralkylsubstanzen) in vielen Dichtungen, Ventilen, Schläuchen oder Kompressoren zum Einsatz kommen, und es zumeist keinen adäquaten Ersatz für diese Stoffe gibt, "wären fast alle Maschinenbauunternehmen in unterschiedlichem Maß von diesem Verbot betroffen", sagte Dr. Sarah Brückner, Leiterin VDMA Abteilung Umwelt und Nachhaltigkeit, auf einer PFAS-Infoveranstaltung des Verbands. "Wir würden mit den alternativ zur Verfügung stehenden Materialien zum Teil auf den Entwicklungsstand von 1950 zurückgeworfen", warnte Brückner.

Fast 500 Mitgliedsfirmen nahmen an der Veranstaltung teil - ein Rekordwert, der die große Betroffenheit der Branche deutlich macht. "In dieser Regulierung findet keine angemessene Differenzierung statt, es ist ein Generalangriff", warnte Dr. Matthias Peters, Manager Global Materials & Compliance von Trelleborg Sealing Solutions. Eine Konsequenz eines so umfassenden Verbots wäre, dass die Qualität der Grundversorgung der Menschen mit Blick auf Gesundheit, Sicherheit oder Nahrung leiden würde, weil industrielle Prozesse gefährdet wären, erläuterte er.

„Fast alle Maschinenbauunternehmen wären in unterschiedlichem Maß von diesem Verbot betroffen.“

Dr. Sarah Brückner, Leiterin VDMA Abteilung Umwelt und Nachhaltigkeit

Unternehmen fordern strikt risikobasierten Ansatz der Regulierung
Der VDMA fordert daher einen strikt risikobasierten Ansatz der Regulierung. "Es gibt PFAS-Stoffe, die kein relevantes Risiko für Mensch und Umwelt darstellen, aber die Langlebigkeit und Sicherheit vieler industrieller Produkte und Produktionsprozesse garantieren. Diese PFAS-Gruppen müssen vom Verbot ausgenommen werden. Einzelausnahmen für bestimmte Produkte wie zum Beispiel Wärmepumpen führen in die Irre,

weil es allein schon im Bereich der grünen Technologien Tausende solcher Ausnahmen geben müsste", betonte Brückner. "Die EU-Behörden überschreiten ihr Mandat. Sie dürfen Stoffe, von denen kein relevantes Risiko ausgeht, nicht verbieten", ergänzte Peters.

Unterscheidung zwischen Konsumprodukten und Industrieanwendungen
Derzeit laufen unter der Regie der EU-Behörde ECHA öffentliche Konsultationen zum geplanten PFAS-Verbot. "Der VDMA begleitet als größter Industrieverband in Europa dieses Thema seit über 3 Jahren, quasi von der ersten Sekunde an. Wir haben uns bei allen Konsultationen beteiligt und Input geliefert. Aber wir erleben jetzt das komplexeste Verfahren im Bereich der Stoffbeschränkung, das wir in den vergangenen 25 Jahren gesehen haben", sagte Peters. Ergebnis dieser Konsultationen soll „ein maßgeschneiderter Vorschlag zur PFAS-Beschränkung sein“, hieß es auf der Veranstaltung. "Wenn die EU dieses Versprechen ernst nimmt, müssen zum einen die sogenannten 'polymers of low concern' erlaubt bleiben. Zum anderen muss die Regulierung viel deutlicher zwischen Konsum- und Industrieprodukten unterscheiden", forderte VDMA-Expertin Brückner. "Komponenten, die tief im Inneren einer Maschine verbaut sind und ordentlich entsorgt werden, dürfen nicht mit Teflonpfannen oder Skiwachsen gleichgesetzt werden!"

[PFAS-Infoseite](#)

Mehr Informationen zum Thema PFAS finden Sie [hier](#).

Kontakt

[Holger Paul](#)

Leiter Kommunikation und Pressesprecher

██████████@vdma.org

████████████████████